

Haushaltsrede von Dr. Paul Schmidt, AfD

Zu halten am 25.09.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gemeinderäte wollen mit unserer Haushaltspolitik das Leben in unserer Stadt für die nächsten zwei Jahre gestalten. — In Wirklichkeit haben wir aber zwischen den Sparzwängen, die durch Gemeinderatsbeschlüsse der letzten Jahrzehnte entstanden sind, und den weiter zunehmenden Aufgaben und Auflagen, die uns Land und Bund aufbürden, kaum noch finanziellen Spielraum.

Wie Sie wissen, sind wir dabei, deutlich über eine Milliarde Euro für den Straßenbahntunnel in der Kaiserstraße und den völligen Umbau der Kriegsstraße zur Aufnahme der Straßenbahngleise auszugeben. Davon entfällt rund eine halbe Milliarde auf die Stadt Karlsruhe. Für deren Rückzahlung werden die Fahrgelderlöse bei Weitem nicht ausreichen, so dass dauerhaft jedes Jahr 35 bis 40 Millionen erforderlich sind, die die Stadt zu zahlen hat. Hinzu kommen die hohen Kosten für den Unterhalt der neuen unterirdischen Bauwerke. Weitere Projekte, die zusammen mehrere hundert Millionen Euro kosten, sind z.B. die Sanierung der Stadthalle mit über 60 Millionen, das neue Stadion mit über 120 Mio., darunter wahrscheinlich 30 Millionen rein städtischen Kosten, und der Neubau des Staatstheaters für 350 Millionen Euro, von denen die Stadt und ihre Bürger die Hälfte selbst bezahlen müssen. Die beiden letztgenannten Projekte hatten wir übrigens abgelehnt, im Gegensatz zur Gemeinderatsmehrheit.

Die Stadt hatte zum Jahreswechsel bereits 190 Mio. Euro Schulden; nach dem vorliegenden Haushaltsplan sollen sie in den nächsten beiden Jahren fast verdoppelt werden: Für 2019 bis 2020 liegt die geplante Neuverschuldung bei 160 Mio. Euro.

Die städtischen GmbHs sind da noch nicht inbegriffen, und die haben über 800 Mio. Euro Schulden. . Zusammengenommen sind wir gerade dabei, die Schulden der Stadt und ihrer GmbHs auf deutlich über eine Milliarde Euro anzuheben. Da hilft es auch nicht, dass die Konjunktur momentan optimal läuft und die Steuereinnahmen der Stadt maximal sind, denn diese Schulden werden nicht nur heute, sondern auch in den kommenden Jahrzehnten zurückgezahlt werden müssen, wenn die Zinsen längst wieder gestiegen sind.

Fazit: Wir müssen immer noch sparen, auch wenn es „grad so gut läuft“, denn sonst werden wir uns mittel- und langfristig nur noch das Allernötigste leisten können.

Dass Steuern- und Gebühren-Erhöhen nicht Sparen ist, hat die Mehrheit des Karlsruher Gemeinderats bisher nicht verstanden, wie der letzte Doppelhaushalt und die darin enthaltenen sogenannten Sparpakete zeigen. Allein die damals beschlossene Erhöhung der Grundsteuer – die wir nach wie vor ablehnen – macht das Wohnen in Karlsruhe von 2017 bis 2021 um 34 Mio. Euro teurer, also um rund 110 Euro pro Einwohner. Und diese Steuer muss jeder bezahlen, der in Karlsruhe

wohnt, denn diese Steuer darf der Hauseigentümer auf die Mieter umlegen. Dass Parteien wie CDU und SPD die Grundsteuer hier in der Stadt zu einer der höchsten im Land machen, dann aber über zu hohe Mieten klagend im Bund letztlich unwirksame „Mietpreisbremsen“ installieren, gehört zu den Widersprüchen, die man heutzutage ertragen muss.

Dazu gehört auch der von den Grünen durchgesetzte Aufbau weiterer Blitz-Ampeln und fest installierter Geschwindigkeitsmessungen, nicht etwa an den gefährlichsten, sondern an den am meisten befahrenen Straßenabschnitten des gesamten Stadtgebiets zur Maximierung der so generierten Einnahmen.

Wir lehnen all diese Maßnahmen, dieses Ungleichgewicht zwischen Einsparungen und Steuer- und Gebührenerhöhung nach wie vor aufs Schärfste ab. Steuererhöhungen müssen immer das letzte Mittel sein und nicht das Erste! Anstatt als erstes in die Taschen der Bürger zu greifen, muss die Gemeinderatsmehrheit Sparen lernen: Sparen heißt, die Ausgaben zu verringern!

Soziales:

Im Sozialbereich macht uns immer noch die Flüchtlingskrise und die Zuwanderung aus den viel zu früh hinzugekommenen ärmeren EU-Ländern zu schaffen. Die meisten wohnungslosen Familien, die die Stadt unterbringen muss, kommen aus dem Ausland zu uns. Ihre hohe, in den letzten Jahren noch weiter gewachsene Zahl bedeutet für die Stadt nicht nur organisatorische, sondern auch finanzielle Herausforderungen. Hier treffen uns als Kommune die negativen Auswirkungen der über die Jahre von Angela Merkel und den etablierten Parteien betriebenen fehlerhaften Europapolitik.

Ebenso treffen uns die Fehler in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, die auch heute noch immer auf Bundesebene gemacht werden: Nur 1 bis 2 Prozent der als sogenannte „Flüchtlinge“ immer noch in zu uns kommenden Fremden hat nach unseren Gesetzen überhaupt eine Chance auf Asyl. Sie kommen trotzdem alle, weil sie damit rechnen können, auch ohne Aufenthaltsrecht hierbleiben zu dürfen. Das widerspricht zwar unseren Gesetzen, die werden aber nicht durchgesetzt. Selbst Gefährder werden vom deutschen Staat so wenige abgeschoben, dass ihre Zahl durch die fortlaufende Zuwanderung in den letzten Jahren weiter zugenommen hat.

Unter anderem motiviert durch die deutsche Familiennachzugsregelung, nach der selbst Menschen ohne Aufenthaltsrecht ihre Familien nachholen dürfen, kommen nach wie vor minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung zu uns. Deren Unterbringung, Betreuung und Beschulung ist Aufgabe der Stadt, mit allen sich ergebenden Schwierigkeiten. Mit betreuter Wohngruppe, Sprachunterricht, schulischer und organisatorischer Betreuung entstehen so Kosten von 60.000 bis über 100.000 € pro Person und Jahr, die nur zum Teil von Bund und Land erstattet werden. Um sicherzustellen, dass nur Personen in den Genuss dieser teuren Maßnahmen kommen, die auch wirklich die Voraussetzungen erfüllen, hatten wir zu Beginn des Jahres an die CDU appelliert, anstelle der bis dahin praktizierten ausschließlichen Befragung der vermeintlich Minderjährigen die Einführung medizinischer Methoden zur Altersfeststellung zu beantragen, doch auf diesen Antrag warten wir leider noch heute.

Auch die übrigen Migrantinnen sorgen für zusätzliche Kosten: Als Sitz der Landes-Erstaufnahmestelle (LEA) bleibt die Stadt Karlsruhe zwar von der sogenannten „vorläufigen Unterbringung“ der Asylsuchenden ausgenommen, die sich an die Erstaufnahme anschließt und in der Regel maximal

zwei Jahre dauert, nicht aber von der darauf folgenden, sogenannten „Anschlussunterbringung“, durch die weitere Kosten entstehen.

Der Sozialbereich der Stadt sollte sich jedoch vor allem um die 10% der Karlsruher Bürger kümmern, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Hier sind einige sogenannte freiwillige Leistungen – also die, die nicht Bund oder Land vorgeschrieben sind – aus unserer Sicht unverzichtbar, genauso wie das Engagement der in Karlsruhe tätigen kirchlichen und gemeinnützigen Organisationen und Vereine. Wie wichtig das ist, sieht man an aktuellen Statistiken, nach denen 48%, also fast der Hälfte der deutschen Rentner weniger als 800 Euro bekommt und sich damit auf Sozialhilfeniveau bewegt (750 Euro sind das Existenzminimum). Damit erhalten sie nach einem erfüllten Arbeitsleben und vielen gezahlten Steuern nicht mehr vom Staat als diejenigen, die als Asylbewerber zu uns kommen und noch gar nichts für dieses Land geleistet haben. Betroffene Karlsruher Bürger haben uns berichtet, dass es Migranten in ihrer Nachbarschaft finanziell besser gehe als Ihnen selbst, da sie zusätzlich zur Sozialhilfe weitere Unterstützung von offizieller Seite und von privaten Refugies-Welcome-Organisationen bekämen. Tatsächlich gibt es auch viele städtische oder mit städtischen Geldern unterstützte Programme, die selektiv Migranten unterstützen. Einheimische und „schon länger hier wohnende“ sind davon ausgeschlossen. Die kostenlose Benutzung der Straßenbahn ist ein eklatantes Beispiel dafür, auch wenn das Land in diesem Fall die Kosten erstattet. Aus unserer Sicht steht die Bevorteilung einzelner Gruppen aufgrund ihrer Heimat und Herkunft im krassen Widerspruch zu Artikel 3 unseres Grundgesetzes. In den Haushaltsberatungen werden wir daher gegen die Zuweisung städtischer Mittel zu allen derartigen Projekten und Programmen stimmen, wo immer wir sie als solche erkennen. Unterstützen werden wir dagegen soziale Ausgaben, die allen Bedürftigen gleichermaßen zu Gute kommen, und solche, die Menschen helfen, die lange Jahre durch ihre Arbeit, ihre Steuern und ihre Rentenbeiträge dazu beigetragen haben, dass unser heutiges, leistungsfähiges Sozialsystem überhaupt besteht.

Kinderbetreuung:

Vor etwa einem Jahr haben wir mit unserer Forderung, die Betreuung der Kindergartenkinder müsse in Karlsruhe generell kostenfrei sein, die Diskussion angeschoben. Wenig später war auch die SPD bereit, wenigstens einmal zu prüfen, was das für die Finanzen der Stadt bedeutet. Wir werden an dem Thema dran bleiben und entsprechend abstimmen, denn nicht nur die Schaffung von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen in ausreichender Zahl, auch deren Verfügbarkeit für Alleinerziehende und sozial Schwache ist für uns als Teil einer unbedingt nötigen Willkommenskultur für Kinder unverzichtbar.

Und damit sind auch die Schülerhorte eine sogenannte freiwillige Leistung, auf die wir nicht verzichten, sondern die wir weiter ausbauen wollen. Seit unserem Einzug in den Gemeinderat vor vier Jahren hat die Abschaffung der Karlsruher Hortplätze zugunsten der Einführung weiterer Ganztagsgrundschulen glücklicherweise an Fahrt verloren und in den noch bestehenden Horten wurden teilweise weitere Plätze geschaffen. Dennoch gibt es immer noch Eltern, die auch im gerade begonnenen Schuljahr für ihr Kind einen Hortplatz brauchen, aber keinen bekommen haben.

Wir lehnen die Ganztagsgrundschule ab und fordern den Erhalt der noch bestehenden konventionellen Vormittags-Grundschulen, denn nur diese lassen den Kindern genug Freiräume, um ihren Weg in unsere Kultur der Vereine zu finden, unabhängig davon, ob sie dort nun nachmittags Sport treiben, Musik machen, zur freiwilligen Feuerwehr oder zu den Pfadfindern gehen. Unser

Vereinsleben ist nicht nur ein wichtiger Teil unserer Tradition, die wir pflegen und bewahren sollten, sondern auch unverzichtbar für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens.

Und grundsätzlich sollten alle Eltern in der Stadt die Wahl zwischen Ganztagschule und Vormittagsschule haben, letztere dann wahlweise mit oder ohne Hortbetreuung. Denn nicht einmal zwei Fünftel der Karlsruher Eltern wünschen sich für ihr Kind den Besuch der Ganztagsgrundschule, und dieser Anteil an Ganztagschulen wurde in Karlsruhe bereits erreicht. Somit gibt es keine sachliche Rechtfertigung für noch mehr Ganztageschulen.

#### Kultur:

Wie bereits vor zwei Jahren sind wir immer noch der Meinung, dass der kulturelle Bereich in den letzten 10 Jahren durch Festlichkeiten wie dem Stadtjubiläum überproportional an städtischen Subventionen hinzugewonnen hat. Vor dem Hintergrund der heute und zukünftig erforderlichen Sparmaßnahmen können wir es uns nicht mehr leisten, bestimmte Feste oder Feierlichkeiten nur aus politischen Gründen durchzuführen. Bei der Finanzierung bzw. Subventionierung von Festen müssen stattdessen die kulturelle Bedeutung und die Bedeutung für die Entwicklung unserer Stadt im Vordergrund stehen.

#### Sport:

In die Rubrik vermeidbarer Ausgaben fallen für uns auch Großsportveranstaltungen wie das Leichtathletik-Indoor-Meeting, die vor den Toren unserer Stadt stattfinden und von denen unsere Sportvereine wenig bis gar nichts haben. Solange diese Veranstaltungen bei uns in der Europahalle stattfinden konnten, waren sie noch ökonomisch sinnvoll, um Werbung für Karlsruhe zu machen und in Karlsruhe etwas zu bieten. Nun aber subventionieren wir mit viel Geld internationale Sportspektakel, die man im Fernsehen verfolgt, so dass der Austragungsort keine Rolle mehr spielt. Dasselbe Geld bringt uns viel mehr, wenn es in Form zusätzlicher Zuschüsse unseren Karlsruher Sportvereinen zu Gute kommt. Da ist jeder Cent gut investiert, weil er nicht nur dem Angebot sportlicher Aktivitäten für unsere Bürger, sondern auch der Bewahrung der sozialen Strukturen unseres Gemeinwesens nutzt.

#### Sicherheit:

Seit Beginn dieser Legislaturperiode vor vier Jahren haben wir immer wieder mehr zusätzliche Maßnahmen für die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit eingefordert, doch die Unterstützung der Gemeinderatsmehrheit fehlte. Die KULT-Fraktion beispielsweise hatte unsere Forderung nach 20 Stellen mehr für den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) noch vor eineinhalb Jahren mit Erfolg ins Lächerliche gezogen; diese Forderung scheiterte aber auch an der fehlenden Unterstützung durch die CDU.

Und mehr Sozialarbeiter, wie von den Grünen für den Werderplatz als Lösung der dortigen Probleme beantragt, helfen gar nichts, wenn man nicht zunächst Recht und Ordnung wiederherstellt. Dafür aber bräuchten wir in Karlsruhe dringend mehr Polizei auf den Straßen; doch das ist Ländersache,

und das Land hat alle Hände voll zu tun, um nur den Wegfall an Polizisten durch deren Ruhestand mittels Ausbildung junger Polizisten auszugleichen. Es wird also noch eine ganze Weile dauern, bis wir wieder so viel Polizei auf unseren Straßen haben, wie wir wirklich brauchen. In der Zwischenzeit steigt die Rauschgiftkriminalität in unserer Stadt von Jahr zu Jahr an und wir müssen uns auch auf ein Plus bei der Beschaffungskriminalität gefasst machen. Es überrascht nicht, dass der KOD 2017 mit 11.116 mal deutlich häufiger angefordert wurde als in den Jahren zuvor; beispielsweise waren es 2014 nur 8.345 Anforderungen. Vor diesem Hintergrund ist die Aufstockung des KOD um 20 Stellen dringend erforderlich.

Energie:

Wir als AfD lehnen unnötige Gängelung der Bürger, Überregulierung und unsinnige Investitionsanreize entschieden ab. All diese Faktoren treten aber immer deutlicher im Bereich der Energiepolitik zu Tage, nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch hier in unserer Stadt. Muss man fast jedes städtische Gebäude, das teuer saniert wird, auch noch mit einer teuren Photovoltaikanlage ausstatten? Die richtige Antwort lautet Nein, denn der finanzielle Nutzen, den die Stadt aus ihren Photovoltaikanlagen ziehen will, entspricht eins-zu-eins der entsprechenden Mehrbelastung der Bürger mittels höherer Strompreise und höherer EEG-Umlagen. Aus demselben Grund lehnen wir auch weitere Investitionen der Stadt Karlsruhe in Windkraft ab. Zudem ist die Ertragslage der Binnenwindparks und –Projekte, in die die Stadt über die Stadtwerke in den letzten Jahren Millionen gesteckt hat, heute durch zusätzliche Forderungen nach der Einführung der regelmäßigen TÜV-Überprüfung aller Windkraftanlagen und der Abschaffung der Vorrangspeisung in Frage gestellt.

Was wir aber überhaupt nicht verstehen, ist, dass die Stadt an allen Ecken und Enden Projekte, Vereine und Verbände unterstützt, deren Zweck darin besteht, durch allerlei kostspielige Anstrengungen noch das ein oder andere Kilo CO<sub>2</sub> einzusparen, wenn gleichzeitig aufgrund der von den Altparteien verabschiedeten Gesetze bei uns in der Region das Kernkraftwerk Philippsburg 2 Ende 2019 abgeschaltet wird, das mit über 1.400 MW elektrischer Grundlast etwa ein Sechstel Baden-Württembergs mit nahezu CO<sub>2</sub>-frei erzeugtem Strom versorgt. Ob es einem nun passt oder nicht: Diese Grundlast wird durch die andere bei uns verfügbare Grundlast ersetzt werden müssen: durch den zusätzlichen Betrieb bereitstehender Kohlekraftwerksblöcke. Auch der in Philippsburg im Bau befindliche Konverter wird mit der an ihn angeschlossenen Gleichspannungs-Hochspannungsleitung jahrelang zunächst nur Braunkohlestrom aus Mitteldeutschland zu uns bringen. Vor diesem Hintergrund wirken alle Versuche, durch allerlei Projekte ein paar Kilo CO<sub>2</sub> zu vermeiden, lächerlich. Das hierfür eingesetzte Steuergeld ist rausgeschmissen, und muss für anderes verwendet werden. Wir können einfach nicht gleichzeitig aus der Kernkraft und aus der Kohle aussteigen.

Grenzen des Wachstums: Wohnungsbau und Nachverdichtung

Die Diskussionen der letzten Zeit, wie zum Beispiel um das Franz-Rohde-Haus oder das Sophien-Carrée zeigen es: Das Grün in unserer Stadt wird weniger. Der Erhalt von Bäumen, Gärten und

Grünflächen wird den Bürgern unserer Stadt aber auch immer wichtiger, und das, wo wir die entsprechenden Flächen, vor allem nach Meinung der SPD aber auch der CDU und der Grünen doch so dringend für die Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen brauchen. Nachverdichtung nennt man das dann, wenn das Grün weichen muss. Wir von der AfD haben da auch anfangs mitgemacht, bis uns anhand der städtischen Statistik „Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2035“ im Jahr 2016 auffiel, für wen wir da eigentlich bauen. Die Statistik von damals, 2016, sagte das aus, was die aktuelle Statistik des Regionalverbands mittlerer Oberrhein „Wer wohnt wie?“ bestätigt: Von 2012 bis 2015 sind netto 540 Deutsche und 15.332 Nicht-Deutsche nach Karlsruhe zugezogen. Gleichzeitig wird der Stadt ein weiterer Bevölkerungszuwachs von 2015 bis 2022 um rund 20.000 Menschen prognostiziert, der dann ebenfalls zum größten Teil aus dem Ausland erfolgen wird.

Hier in Karlsruhe ist es ähnlich: Ohne die Zuwanderung aus dem Ausland gäbe es keine Verknappung günstiger Mietwohnungen. Doch wir, die AfD-Stadträte, fühlen uns den heutigen Bürgern unserer Stadt verpflichtet, und nicht denjenigen, die erst noch aus dem Ausland zuwandern wollen. Vor diesem Hintergrund verstehen wir, dass die betroffenen Bürger unserer Stadt die Nachverdichtung inzwischen mehrheitlich ablehnen. Letztendlich steht dahinter die Frage: Wo sind die Grenzen des Wachstums, wie viele Ausländer können wir hier in unserer Stadt noch aufnehmen, bevor es zu einer Ghettoisierung kommt? Denn dann wären ethnische Konflikte in dieser Stadt vorprogrammiert. Für uns sind die Grenzen des Wachstums bereits erreicht. Denn: Ist das Grün erst zugebaut, ist der Ruf der grünen Stadt Karlsruhe erst zerstört, dann ist es zu spät! Da kann dann auch kein Stadtmarketing mehr helfen.